

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Donnerstag, dem 28. April 2005, 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Adam, Braun, Leutheuser, Lindig, Meyer, Müller, Ruhkamp, Straßburg, Suck
	PDS:	May , Duft, Grabe, Schenke, Tikwe, Werner, Wolf
	SPD:	Doht , Gentzel, Levknecht, Dr. Schenk, Stein, Tikwe
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Rexrodt , Schultz, Schweßinger
	BfE:	Gottstein , Apel, Rabe
	EA:	Hofmann , Fischer

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Schneider
Bürgermeister, Herr Nielsen
Dezernentin, Frau Lieske

Büroleiter OB, Herr Dr. Nienaber
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Personalamt, Frau Jaritz
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Mitarbeiterin Kämmerei, Frau Klopffleisch
Abteilungsleiter Schulverwaltung, Herr Seelig
Abteilungsleiterin Jugend, Frau Stephan
Amtsleiterin Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft, Frau Menge
Amtsleiter Tiefbauamt, Herr Matthes

entschuldigt: Herr Köckert – CDU – dienstlich verhindert
Frau Mereuta – CDU – dienstlich verhindert
Herr Dr. Oefner – CDU - Urlaub
Herr Pechstädt – PDS – Urlaub
Herr Voß – PDS – dienstlich verhindert

unentschuldigt: Herr Dr. Sinn

Gäste: Herr Borchert, sachkundiger Bürger
Herr Bauer, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Herr Hardel, sachkundiger Bürger

Presse
Bürger

Schriftführer: Frau Steffan, Frau Seelig

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 30 Stadtratsmitglieder anwesend, 5 entschuldigt und 1 unentschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert den Stadtratsmitgliedern, die zwischen der letzten Sitzung und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Des Weiteren erklärt der Vorsitzende des Stadtrates, dass am 21.04.2004 eine Einladung mit einer ergänzten Tagesordnung zugesandt wurde. Die Einladung zu den Tagesordnungspunkten 8 – Zuschuss Bachhaus für Haushaltsjahr 2005; hier: Haushaltsvorgriff 2005 - und 9 – Gewährung eines Investitionszuschusses in Höhe von 397.150,00 Euro in 5 Jahresscheiben für den KITA-Neubau, Kanalstraße 5, 99817 Eisenach, an den ASB, Kreisverband Eisenach, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushalte durch die Aufsichtsbehörde sowie vorbehaltlich der Genehmigung des kreditähnlichen Rechtsgeschäftes - erfolgte gemäß § 35 Abs. 2 ThürKO wegen Dringlichkeit unter Verkürzung der Ladungsfrist.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Dringlichkeit der beiden Tagesordnungspunkte.

Abstimmung über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 8:

31 Stimmen dafür
0 Stimmenthaltungen
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Tagesordnungspunkt 8 - Zuschuss Bachhaus für Haushaltsjahr 2005; hier: Haushaltsvorgriff 2005 – auf die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmung über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 9:

31 Stimmen dafür
0 Stimmenthaltungen
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Tagesordnungspunkt 9 – Gewährung eines Investitionszuschusses in Höhe von 397.150,00 Euro in 5 Jahresscheiben für den KITA-Neubau, Kanalstraße 5, 99817 Eisenach, an den ASB, Kreisverband Eisenach, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushalte durch die Aufsichtsbehörde sowie vorbehaltlich der Genehmigung des kreditähnlichen Rechtsgeschäftes – auf die Tagesordnung aufgenommen.

Zum Ende der Sitzung wird es nach Aussage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Meyer, eine persönliche Erklärung von Frau Rexrodt und eine persönliche Erklärung von Herrn Schenke geben.

Da es keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt, gilt die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde eine Anfrage von Frau Christa Wolff gestellt. Die Antwort liegt allen Stadtratsmitgliedern vor und Frau Wolff wurde die Antwort schriftlich zugesandt.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist darauf hin, dass es keine schriftlichen Mitteilungen gibt.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert, dass in der nächsten Stadtratssitzung der Haushalt eingebracht wird. Der Haushaltsausgleich konnte mit erheblichen Mühen zustande gebracht werden.

**Nr. 4 der TO: Zuschuss 850-Jahr-Feier Stedtfeld
hier: Vorgriff auf den Haushalt**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Im Vorgriff auf den Haushalt 2005 werden für den Zweck der 850-Jahrfeier in Stedtfeld sofort 7.500,00 € bereitgestellt.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0159/2005

**Nr. 5 der TO: Änderung der Kostenbeteiligung der Eltern bzw. volljährigen
Schüler an der Mittagessenversorgung der Schüler**

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Beschlussvorlage.

Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, kritisiert die Einschnitte des Landes Thüringen, die auch der Stadt Eisenach die Luft abdrehen. Er prangert an, dass heute die Beschlussvorlage zur Erhöhung des Elternanteiles vorliegt und in Zukunft über noch weitere Einschnitte zu entscheiden ist. Des Weiteren hält das Stadtratsmitglied, Herr

Levknecht den Portionspreis für günstig, allerdings sollte hier die Qualität nochmals überprüft werden. Lobenswert für das Stadtratsmitglied, Herrn Levknecht, ist, dass die Stadt Eisenach den städtischen Anteil – freiwillige Aufgabe – beibehält. Nach Ansicht des Stadtratsmitgliedes, Herrn Levknecht, steigen die Belastungen für eine nicht unbedeutende Zahl von Familien und sind nicht mehr verkraftbar. In diesem Zusammenhang geht das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, auf die Kinder- und Familienpolitik ein. Da noch kein Haushaltsentwurf vorliegt, sieht das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, keine Möglichkeit zum Gestalten. Eine Staffelung des Essensgeldes ist für ihn ebenfalls unpraktikabel. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, macht zum Abschluss seiner Stellungnahme deutlich, dass die SPD-Stadtratsfraktion gerne im Haushalt nach einer Möglichkeit zur Umschichtung suchen würde, aber kein Haushalt vorliegt. Blindlings kann nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Herrn Levknecht, aber nicht zugestimmt werden und aus diesem Grunde wird die Beschlussvorlage heute abgelehnt. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und gilt als Anlage zum Tagesordnungspunkt.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, stimmt den Ausführungen des Stadtratsmitgliedes, Herrn Levknecht, zu. Sie fragt sich, wo soll dies hinführen, wie wir das verantworten wollen, wem ist die Situation zu verdanken. Des Weiteren drückt das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, die Hoffnung aus, dass sich vielleicht die Möglichkeit ergibt, an anderer Stelle zu sparen. Trotzdem weiß sie, dass die Gestaltungsmöglichkeiten gering sind.

Das Stadtratsmitglied, Frau Duft, erinnert an die Schulschließung vor knapp 13 Tagen wegen fehlender Gelder. Heute sollen nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Frau Duft, mit der vorgelegten Beschlussvorlage die gestrichenen Mittel des Landes zusätzlich auf die Eltern übertragen werden. In diesem Zusammenhang geht sie auf die eingenommenen Essensportionen und die Finanzierung ein. Das Stadtratsmitglied, Frau Duft, informiert, dass der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport die Beschlussvorlage heftig diskutiert hat und gefragt wurde, ob Möglichkeiten zur Unterstützung für sozial-schwache Familien eingeräumt werden können, um deren schulpflichtigen Kindern ein bezahlbares Essen zu ermöglichen. Des Weiteren geht das Stadtratsmitglied, Frau Duft, auf die zukünftigen Belastungen für die Eltern ein und kritisiert die kinderbezogene Familienpolitik. Auch das Stadtratsmitglied, Frau Duft, verweist darauf, dass es noch keinen Haushalt gibt und es keinen Spielraum geben wird. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und gilt als Anlage zum Tagesordnungspunkt.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass die Essensqualität an den Schulen gut ist. Die Aussagen des Stadtratsmitgliedes, Herrn Levknecht, sollten gezielt vor Ort geprüft werden, um festzustellen, ob es ein schulspezifisches Problem ist. Sorgen macht sich die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, darum, dass die 27 Cent Erhöhung der Beteiligung der Eltern beim Essensgeld bei der Einbringung des Haushaltes keine Rolle spielen werden, weil ganz andere Grausamkeiten auf die Bürger zukommen werden. Des Weiteren macht die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, deutlich, dass die Stadt Eisenach bei ihrem Zuschuss bleibt, aber nicht auch noch den Zuschuss des Landes deckeln kann. In diesem Zusammenhang weist die Fraktionsvorsitzende auf die Mindereinnahmen durch den Landesfinanzausgleich hin, gegen den die Stadt Eisenach auch noch klagen wird. Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, spricht die Mindereinnahmen an, die sich in allen Bereichen unseres Haushaltes niederschlagen werden. Die Fraktion wird der vorgelegten Beschlussvorlage zustimmen mit der Bedingung, dass die Stadt Eisenach ihren Zuschuss so hält.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, stimmt Frau Rexrodt zu und erklärt, dass die Grenzen erreicht sind, auch im Hinblick auf den noch nicht vorliegenden Haushalt. Die Stadt Eisenach steht aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden nach wie vor zum Zuschuss. Des Weiteren erklärt der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, dass die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen wird.

Das Stadtratsmitglied, Frau Braun, hat sich, während alle schimpfen, mit Mitarbeitern und anderen Menschen Gedanken gemacht, was man dagegen tun könnte. Es wird darüber nachgedacht, eine Suppenküche im Stadtzentrum zu eröffnen und zwar mit einem integrativen Ansatz. Des Weiteren erklärt das Stadtratsmitglied, Frau Braun, dass dieses Konzept der Stadt vorgelegt werden soll, mit dem Ziel die Suppenküche im September zu eröffnen.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, findet solche Initiativen sehr lobenswert und kritisiert in diesem Zusammenhang, dass in einem der reichsten Länder der Erde wieder Suppenküchen eingerichtet werden müssen und mit einer Steuerpolitik nicht gegengesteuert wird.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Erhöhung der Beteiligung der Eltern bzw. der volljährigen Schüler an den Kosten für die regelmäßige Versorgung der Schüler mit Mittagessen von 0,27 € je Portion.

**Abstimmung: 16 Stimmen dafür
 15 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0160/2005

Nr. 6 der TO: Abschluss eines Tarifvertrages zur sozialen Arbeitszeitverkürzung

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage und erklärt, dass er die Diskussion zum vorherigen Tagesordnungspunkt interessiert verfolgt hat.

Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, weist darauf hin, dass die Opposition bei den Haushaltsvorgriffen immer zugestimmt hat und die Aussagen des Oberbürgermeisters unfair sind.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, weist, dass die Tarifpartner es sich mit dem Vertrag nicht einfach gemacht haben. Unter den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wird mit dem vorliegenden Tarifvertrag aus Sicht des Stadtratsmitgliedes, Herrn Schenke, ein wesentlicher Beitrag der Beschäftigten zur Konsolidierung des städtischen

Haushaltes realisiert. Als positive Aspekte nennt das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, folgende Punkte:

1. Betriebsbedingte Kündigungen wird es in der städtischen Verwaltung nicht geben.
2. Die 7 Auszubildenden werden übernommen, denn wenn man sich an die letzte Legislaturperiode erinnert, war hier der Hauptkritikpunkt in der letzten Beschlussvorlage.
3. Die Stadtverwaltung bleibt auch bei Einsparungen bei der Arbeitszeit Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Zusammenhang wünscht sich das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, dass die Bundes- und Landesregierung in Zukunft durch eine effektive Finanz- und Steuerpolitik die Stadt in die Lage versetzt ihre Mitarbeiter tarifgebunden zu bezahlen. Zum Abschluss seiner Ausführungen stellt das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, drei Fragen:

1. Kommt es auf Grund der Neufassung von SGB II und XII zu einer Veränderung der Personalstruktur in der Verwaltung?
2. Wie hoch waren die Einsparungen der letzten 2 Jahre für den städtischen Haushalt?
3. Wie viele Azubis werden in diesem Jahr ihre Ausbildung in der Stadtverwaltung beginnen?

Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und gilt als Anlage zum Tagesordnungspunkt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Den Abschluss des als Anlage beigefügten Tarifvertrages zur sozialen Arbeitszeitverkürzung.**

**Abstimmung: 26 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0161/2005

Nr. 7 der TO: Bau einer Restabfallbehandlungsanlage durch den Zweckverband für Abfallwirtschaft Südwestthüringen

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage und stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der PDS-Stadtratsfraktion.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, bittet um eine Änderung im Punkt 2. Dort muss es nicht „ZAST“ sondern „AZV“ heißen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, erklärt, dass die Fraktion der B 90/Die Grünen dem Antrag der PDS-Stadtratsfraktion zustimmen wird und falls dieser keine Mehrheit findet, gegen den Antrag der Verwaltung gestimmt wird. Des Weiteren erklärt das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, dass es gute Gründe gibt gegen den Bau der MVA, sprich für die Nichtfreigabe der Leistungsstufe II des Vertrages mit der Martin GmbH zu stimmen. Dies sind aus seiner Sicht folgende:

1. Abfallvermeidung/Abfallverwertung haben in der Abfallgesetzgebung höchste Priorität.
2. Falsche Kapazitätsplanung
3. Die große Nichtakzeptanz in der Bevölkerung
4. Reale und geänderte Mehrheitsverhältnisse nach der Kommunalwahl 2004 und damit der Bürgerwille, der sich nicht in der Verbandsversammlung des ZASt widerspiegelt.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger verweist darauf, was die Fraktion B 90/Die Grünen will und welche Alternativen es gibt. Des Weiteren erläutert er die Kosten und die Alternativen. Als Fazit wirbt das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, dafür, den Alternativen und damit einer gebührenfreundlichen, ökologischeren und nachhaltigen Müllentsorgungspolitik in unserer Region eine Chance zu geben. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und gilt als Anlage zum Protokoll.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, verweist auf die Entscheidung, die heute getroffen werden soll, und hält es für gut und richtig, dass sich der Stadtrat noch einmal ausführlich und sicher auch verantwortungsvoll beschäftigen wird. Sie unterstützt die Entscheidung des ZASt den Müll nicht zu exportieren und sich der Verantwortung bewusst zu sein, kritisiert aber die Entscheidung zum Bau einer Müllverbrennungsanlage. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, macht deutlich, dass dies eine Entscheidung nicht aus Vernunft, sondern zugunsten einer großen Lobby war und Alternativen nicht geprüft wurden. Des Weiteren wurden ökologische Gesichtspunkte und eine Zukunftsfähigkeit nicht wirklich betrachtet. Dies macht das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, an drei Problemen klar:

1. An den Kosten und der Wirtschaftlichkeit
2. An den ökologischen Auswirkungen
3. An der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der Technologie

In diesem Zusammenhang macht das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, deutlich, dass sie keiner Anlage zustimmen kann, die gleichbleibend 160.000 Tonnen Abfall im Jahr benötigt und begründet dies. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, geht auf die Bevölkerungsentwicklung im Verbandsgebiet ein und erklärt, dass sie die Aussage: „auch weniger Leute erzeugen gleich viel Müll“, nicht nachvollziehen kann, denn Müllvermeidung muss auch unter dem Aspekt von verringerten Ressourcen neu diskutiert werden. Auch jetzt sinkt nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, das Müllaufkommen schon kontinuierlich und auch die Prognose der Gewerbeabfälle erscheint aus den Sternen gegriffen. Des Weiteren geht das Stadtratsmitglied auf die prognostizierten Behandlungskosten von 130 €/Tonne bei voller Auslastung ein und informiert über eine mechanisch-biologische Anlage in Chemnitz und den Unterschied zur Müllverbrennungsanlage. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, erläutert die Kosten des Baues für eine mechanisch-biologischen Anlage und weist auf eine deutlich höhere Umweltverträglichkeit hin. Als weiteren Punkt spricht das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, die Akzeptanz in der Bevölkerung an und erklärt, dass sich die Anlage in einer sensiblen Gegend, mitten im Grünen Herzen befindet. Zum Abschluss ihrer Ausführungen erklärt das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, dass die PDS-Stadratsfraktion beantragt zu prüfen, inwieweit ein Sonderkündigungsrecht ohne Vertragsstrafe gegeben ist. Im Vertrag sind dazu 5 Voraussetzungen festgeschrieben und eine darin besteht, dass sich die prognostizierte Müllmenge verändert. Dies ist nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, in absehbarer Zeit der Fall. Dies würde wiederum die Müllgebühren beeinflussen. Aus Sicht des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, wäre es deshalb möglich zu kündigen. Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, hofft, dass es deutlich geworden ist, dass die PDS-Stadratsfraktion dazu gewillt ist und sich der Verantwortung stellt und aus

diesem Grund bittet sie dem Antrag zuzustimmen. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und gilt als Anlage zum Protokoll.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, erklärt, dass die EA-Stadtratsfraktion dem PDS-Antrag zustimmen wird. Der Antrag ist nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden ein wichtiges Signal für eine positive Umweltpolitik, da eine Müllverbrennung für grundsätzlich bedenklich und nicht akzeptabel gehalten wird. In diesem Zusammenhang weist der Fraktionsvorsitzende, Herr Hofmann, auf die aktuelle Diskussion zu Feinstäuben hin und erklärt, dass die Filter die Feinstäube nicht zurückhalten. Gebraucht wird nach seiner Ansicht eine Kreislaufwirtschaft, eine Müllverwertung statt nur Müllverbrennung. Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hofmann, ist es noch nicht zu spät aus der Technologie der Müllverbrennung auszusteigen. Aus seiner Sicht sollte auch nicht weiter mit den Kosten gedroht werden, denn eine Müllverbrennungsanlage würde noch höhere Kosten bringen als der Ausstieg. Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, stellt sich die Frage, ob nach der Abstimmung im Kreistag der Stadtrat heute nur ein unverbindliches Signal abgibt oder ob der Stadtrat Konsequenzen folgen lässt. Weitere Proteste werden nach seiner Auffassung weiter unterstützt, aber es werden auch positive Schritte in Richtung einer Kreislaufwirtschaft und Müllverwertung gebraucht. In diesem Zusammenhang verweist der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, auf andere Anlagen mit einer anderen Technologie und könnte sich vorstellen, dass Eisenach Vorreiter für eine zukunftsweisende Müllverwertung ist.

Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, verweist auf 8 Jahre und eine unendliche Geschichte zwischen ZAST und AZV, zwischen Verbrennung oder mechanisch-biologisch. Zu Beginn der Debatte heute hätte sich das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, allerdings gewünscht, dass es vom Oberbürgermeister eine klare Aussage dazu gibt, wie es mit dem Stimmführerprinzip funktionieren soll. Des Weiteren kann sich das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, nicht vorstellen, dass schon alle Messen gelaufen sind, denn diejenigen, die die Meinung vertreten, der WAK kann uns überstimmen, sagen auch, dass Eisenach von Anfang an nichts zu sagen gehabt hat. Nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Herrn Gentzel, muss dies, wenn der Antrag der PDS-Fraktion heute angenommen wird, Folgen für das Verhalten unserer Vertreter im ZAST haben. Des Weiteren stellt sich für das Stadtratsmitglied, Herrn Gentzel, die Frage, ob man den Aussagen des ZAST überhaupt noch vertrauen und glauben kann. Für das Stadtratsmitglied, Herrn Gentzel, gibt es vier Lager:

1. Die Standortgegner
2. Verbrennungsgegner
3. Gegner von mechanisch-biologisch
4. Befürworter des Exportes

Richtig spannend ist es nach Ansicht des Stadtratsmitgliedes, Herrn Gentzel, bei der ZAST aber erst, seitdem die CDU fast überall in Südthüringen ihre absolute Mehrheit verloren hat. Ein weiteres Problem ist aus Sicht des Stadtratsmitgliedes die Zusammensetzung des ZAST. Dies wird von ihm auch erläutert und es stellt sich die Frage, ob ein Gremium überhaupt so arbeiten kann. Des Weiteren wurden in der Südthüringer Zeitung nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Herrn Gentzel, die 5 Möglichkeiten, die es bei einer Entscheidung geben kann, aufgelistet. Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, erläutert deutlich den Standpunkt der SPD, die von Anfang an Standortgegner war, weil die Region eine touristisch wichtige Gegend ist. Des Weiteren versucht die SPD nach Ansicht des Stadtratsmitgliedes auch einmal aus der Sicht des Gebührenzahlers die Dinge zu betrachten und hierzu gibt es folgende Zahlen:

1. Im Wartburgkreis bisherige Deponiekosten für eine Tonne Abfall 80,00 €
2. Ab 01. Juli 2005 werden dies 157,00 € sein – die Gebühren gehen also massiv nach oben und bei den Nebenkosten befindet sich der Gebührenzahler in der Falle.
3. Die IHK wird ihren Abfall nicht in die MVA bringen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, geht nochmals die genannten Kosten durch und die Dinge, die bei der Debatte im Stadtrat und in den Ausschüssen bereits diskutiert wurden. Die Frage nach dem Ausstieg aus dem ZAST wurde nach Aussage des Stadtratsmitgliedes verneint. Das Vertrauen zur ZAST ist unter „0“ mittlerweile gesunken. Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, würde sich eine Aussage zur Gebührenerwartung wünschen. Für die SPD-Stadtratsfraktion ist die Standortfrage nicht optimal gelöst und die Gebührenfrage ist vorrangig. Zum Abschluss seiner Ausführungen weist das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, darauf hin, dass die Intentionen des Antrages der PDS-Stadtratsfraktion den Meinungen der SPD näher ist als die Verwaltungsvorlage. Aus diesem Grund spricht er sich für den Antrag der PDS-Stadtratsfraktion aus.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, geht auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes vom 01. April 2003 zum Abstimmungsverhalten in den Verbänden ein. Mit Schreiben vom 25.04.2005 beträgt nach Aussage des ZAST der Anteil an verlorenen Investitionskosten 16 Mio. €. Die Zwischenlösung für die Entsorgung vom 01.06.2005 bis zum Ende der Laufzeit kostet 159,51 € pro Tonne Abfall. Des Weiteren wird nach Information des Oberbürgermeisters im Schreiben weiter von den kalkulierten Entsorgungskosten der Restabfallbehandlung gesprochen und dies sind 129,00 € pro Tonne Abfall. Im Hinblick auf die in den Ausführungen des Stadtratsmitgliedes, Herrn Gentzel, genannten verschiedenen Entsorgungspreise in Thüringen muss gesagt werden, dass die falsche Entscheidung vor Jahren erfolgte. Die Stadt Eisenach hat sich nach Auffassung des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, nach bestem Wissen und Gewissen eingebracht. Im Hinblick auf die Aussteigmöglichkeiten sagt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, ganz deutlich, wenn diese Müllverbrennungsanlage nicht gebaut wird, sieht er den Bestand des Zweckverbandes sehr stark gefährdet. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, nochmals darauf hin, dass die Stadt Eisenach Mitglied des Abfallzweckverbandes ist und dieser wurde gemeinsam auch nach dem Gesetz der kommunalen Gemeinschaftsarbeit mit dem Landkreis gebildet. Natürlich kann die Stadt einseitig den Beschluss fassen auszusteigen. Dazu muss allerdings klar sein, dass die Stadt über keine Organisationsstruktur für die Abfallentsorgung verfügt und demzufolge ein erheblicher Organisationsaufbau erfolgen müsste. Des Weiteren macht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, deutlich, dass die Stadt Eisenach mit der bisherigen Lösung immer ganz gut gefahren ist. In der Begründung zur Beschlussvorlage hat der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hingewiesen, dass wir konkret ein Vorhaben vorliegen haben und alles andere, was neu geschaffen wird, ein langjähriges Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren notwendig machen würde. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, ist persönlich der Meinung, dass die hier angestrebten Verfahren für den Gebührenzahler zu Mehrkosten führen werden und des Weiteren der Zeitfaktor mit zu berücksichtigen ist. Zella-Mehlis bietet aus Sicht des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, die Möglichkeit der Wärmenutzung, die an anderen Standorten so nicht vorhanden waren. Zum Abschluss weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hin, dass das Gewerbe nicht gebunden werden kann und dies ein sehr weites spekulatives Feld ist. Des Weiteren sieht er die Dinge in der Beschlussvorlage als konkreter für den Gebührenzahler an.

Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, geht auf die Stellungnahme des Oberbürgermeisters ein und macht deutlich, dass gestellte Fragen beantwortet wurden und andere nicht. Eine namentliche Abstimmung findet die SPD-Stadtratsfraktion in Ordnung. Des Weiteren weist das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, darauf hin, dass im Gutachten des ZAST eine Investitionssumme von 12 Mio. € genannt wurde. Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, hat auch nie verlangt, dass die Stadt Eisenach aus dem AZV aussteigt, es wurde nur gefragt, wie sich unsere Mitglieder bei der Abstimmung verhalten werden, wenn der Antrag der PDS-Stadtratsfraktion eine Mehrheit im Stadtrat bekommt. Für das Stadtratsmitglied, Herrn Gentzel, ist es wichtig zu wissen, was für Auswirkungen dies alles auf die Gebühren der Einwohner haben wird. Es nützt ihm nichts, wenn der Preis der Verwertung vor Ort genannt wird. Über eins ist sich das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, sicher, dass über diese Dinge im Rathaus schon gesprochen wurde und der Oberbürgermeister auch einen Überschlag im Kopf hat. In der Diskussion weist das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, darauf hin, dass in anderen Verbänden mit dem Stimmführerprinzip anders umgegangen wird, wie in der ZAST. Mit diesem Thema sollte nach seiner Auffassung mit dem nötigen Ernst umgegangen werden. Dazu macht das Stadtratsmitglied, nochmals deutlich, dass er auf die Frage nach den Gebühren einfach keine Antwort erhält. Zum Abschluss seiner Ausführungen geht das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, nochmals auf den Gewerbeanteil ein. Des Weiteren kann man sich ganz sicher sein, dass die Gebühren für die Müllentsorgung in Eisenach steigen werden.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass die Ausführungen zur Stimmführerschaft nicht nachvollzogen werden können, weil das Verfahren nicht anders ist. Des Weiteren erläutert der Oberbürgermeister, Herr Schneider, nochmals die Struktur des Verbandes, das Abstimmungsverhalten und die Festlegungen in der Satzung. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister auch nochmals darauf hin, dass die neuen Gebühren nicht das Rathaus bestimmt, sondern der AZV mit Beschluss der Versammlung. Die Entsorgungsgebühren werden weiter durch eine Vorschrift des Bundes beeinflusst. Die Auswirkungen auf den Bürger müssen nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, berechnet werden, aber es werden höhere Gebühren sein. Die Behauptung, dass der ZAST schlecht gewirtschaftet hat, hinkt sehr stark und deshalb wurden auch die Entsorgungskosten genannt. Zum Abschluss seiner Ausführungen bittet der Oberbürgermeister, Herr Schneider, sachlich zu bleiben.

Der Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass dem Oberbürgermeister keiner unterstellt, dass er von seiner Vorlage nicht überzeugt ist. Es gibt im Saal unterschiedliche Auffassungen zur Thematik. Die Aussage des Oberbürgermeisters, dass das Gewerbe nicht verpflichtet werden kann seinen Müll verbrennen zu lassen, hält die Fraktionsvorsitzende für richtig, aber genau dieser Müll ist in der Kalkulation der Müllverbrennungsanlage eingerechnet. Der Bürger muss nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden, Frau Rexrodt, mit seinem Geld diese Lücke schließen müssen. In der Kreistagssitzung wurde nach Information der Fraktionsvorsitzenden, Frau Rexrodt, durch Herrn Krauser von einer 18 %igen Gebührenerhöhung gesprochen. Des Weiteren weist die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, darauf hin, dass Herr Schweßinger in seinem Redebeitrag Alternativen aufzeigen wollte zu dieser Anlage. Das demokratische Stimmverhalten im ZAST ist der Fraktionsvorsitzenden, Frau Rexrodt, bis zur heutigen Sitzung nicht klar geworden. Zum Abschluss ihrer Ausführungen weist die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, darauf hin, dass die SPD im Kreis mit der CDU gestimmt hat und sie deshalb die Aufregung von Herrn Gentzel nicht nachvollziehen kann. Die Fraktionsvorsitzende

der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, erklärt, dass es um eine Grundsatzfrage geht und sie dem PDS-Antrag ihre Zustimmung geben wird.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, geht nochmals auf die Ausführungen zum Feinstaub ein und zitiert aus einer Broschüre von Otfried Wassermann, Professor am Institut für Toxikologie der Universität Kiel zur Müllverbrennung.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, erklärt, dass sie über das Abstimmungsergebnis im Wartburgkreis auch enttäuscht war. In diesem Zusammenhang weist das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, auf den Paragraphen 6 Abs. 2 und auf den Passus hin, dass beim Erwerb von Anlagen die einen finanziellen Aufwand von 20.000 DM übersteigen, eine 4/5 Mehrheit der Verbandsversammlung zustimmen muss. Dies macht aus Sicht des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, Sinn, weil dies ein Vetorecht für Eisenach ist. Nach ihrer Auffassung sollte dies auf alle Fälle geprüft werden.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, weist darauf hin, dass es um sehr viel Geld geht und dies ein unmögliches Projekt ist.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, erklärt, dass die Abstimmung freigegeben wurde. In diesem Zusammenhang kritisiert der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, wie hier mit Meinungsverschiedenheiten umgegangen wird und mahnt an, die Meinung des anderen zu akzeptieren und auch die demokratische Abstimmung.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert, dass 25 % des Gewerbemüllaufkommens bei der Anlage als Kapazität mit eingerechnet wurden. Im Rahmen der Liberalisierung hat man der Wirtschaft frei gegeben, wie sie mit ihrem Abfall umgeht nach Aussage des Oberbürgermeisters. Ob dies vom Gesetzgeber im Interesse der Bürger geschickt war, ist für den Oberbürgermeister eine andere Frage. Des Weiteren weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hin, dass Frau Wolf auf einem Irrweg ist und es sich nicht um Erwerb und Veräußerung von Immobilien handelt. Bei einer Entscheidung über eine Anlage von Erwerb zu sprechen, ist nach Meinung des Oberbürgermeisters, Herr Schneider, weit gefasst.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag zur namentlichen Abstimmung:

31 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beauftragt seine AZV (Abfallzweckverband)-Verbandsräte wie folgt zu handeln:

1. Die Verbandsräte stimmen der Vergabe der Leistungsphase 3 nicht zu.

2. Der Stadtrat beauftragt seine Verbandsräte im ZAST zu beantragen, dass durch einen unabhängigen Prüfer die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Sonderkündigungsrechts nach Punkt B 2.6.1 des Vertrages und des Kündigungsrechtes nach VOB geprüft werden. Das Ergebnis ist dem Stadtrat vorzustellen, der dann über das weitere Vorgehen entscheidet.
3. Es soll geprüft werden, die ab Juni 2005 vereinbarte Zwischenlösung zur Verbringung des Abfalls aus dem Verbandsgebiet weiter zu verlängern.

	Ja	Nein	Enthaltung
Adam, Dieter		X	
Apel, Heike	-	-	-
Braun, Petra		X	
Doht, Matthias	X		
Duft, Lydia	X		
Fischer, Ursula	X		
Gentzel, Heiko	X		
Gottstein, Peter			X
Grabe, Carl-Heinz	X		
Hofmann, Friedrich Christoph	X		
Köckert, Christian	-	-	-
Leutheuser, Heinke		X	
Levknecht, Thomas	X		
Lindig, Manfred		X	
May, Karin	X		
Mereuta, Roxana-Maria	-	-	-
Meyer, Bernd		X	
Müller, Regina		X	
Dr. Oefner, Klaus	-	-	-
Rabe, Horst		X	-
Pechstädt, Frank	-	-	-
Rexrodt, Gisela	X		
Ruhkamp, Martin		X	
Dr. Schenk, Wolfgang	X		
Schenke, Uwe	X		
Schneider, Gerhard		X	
Schultz, Joana	X		
Schweßinger, Stefan	X		
Dr. Sinn, Volker	-	-	-
Stein, Regina	X		
Straßburg, Günter		X	
Suck, Dieter		X	
Tikwe, Herbert	X		
Tikwe, Torsten	X		
Voß, Jörg	-	-	-
Werner, Inge	X		
Wolf, Katja	X		
Ergebnis	18	11	1

Abstimmung: **18 Stimmen dafür**
 11 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0162/2005

Nr. 8 der TO: **Dringlichkeitsvorlage – Zuschuss Bachhaus für Haushaltsjahr**
 2005
 hier: Haushaltsvorgriff 2005

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Im Vorgriff auf den Haushalt 2005 wird der Bachhaus Eisenach gGmbH ein Zuschuss in Höhe von 50.000,00 € sofort bereitgestellt.

Abstimmung: **30 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0163/2005

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, übernimmt die Sitzungsleitung.

Nr. 9 der TO: **Gewährung eines Investitionszuschusses in Höhe von**
397.150,00 Euro in 5 Jahresscheiben für den KITA-Neubau,
Kanalstraße 5, 99817 Eisenach, an den ASB, Kreisverband
Eisenach, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushalte durch
die Aufsichtsbehörde sowie vorbehaltlich der Genehmigung
des kreditähnlichen Rechtsgeschäftes

Die Stadtratsmitglieder, Herr Meyer und Herr Adam nehmen aus Gründen des § 38 ThürKO an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Gewährung eines Investitionszuschusses in Höhe von 397.150,00 Euro in
5 Jahresscheiben für den KITA-Neubau an den ASB, Kreisverband Eisenach, vor-
behaltlich der Genehmigung der Haushalte durch die Aufsichtsbehörde sowie vor-
behaltlich der Genehmigung des kreditähnlichen Rechtsgeschäftes.

Abstimmung: **28 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0164/2005

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Nr. 10 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 54/2005 Anfrage der PDS-Stadtratsfraktion
 Thema: Grundsicherung
 Es gibt keine Zusatzfragen.

Reg.-Nr.: 55/2005 Anfrage der PDS-Stadtratsfraktion
 Thema: soziale und wohnungswirtschaftliche Auswirkungen Hartz IV
 Es gibt keine Zusatzfragen.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, gibt eine persönliche Erklärung zur versandten E-Mail von Herrn Schenke ab und zu ihrem Abstimmungsverhalten in der letzten Stadtratssitzung. Zum Abschluss ihrer Erklärung fragt die Fraktionsvorsitzende, wie die PDS-Stadtratsfraktion in Zukunft mit diesem Verhalten umgeht und ob sie es weiter tolerieren wird.

Das Stadratsmitglied, Herr Schenke, nimmt in einer persönlichen Erklärung Stellung und fordert Frau Rexrodt auf sich zu entschuldigen.

Die Mitglieder der CDU-Stadtratsfraktion, der BfE-Stadtratsfraktion, der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion außer - Herr Dr. Schenk - verlassen empört den Sitzungsraum.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, beantragt die Rede zu unterbrechen, weil sie das Ansehen des Stadtrates beschädigt.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht den Vorschlag, den Ältestenrat zusammenzurufen und über die Kultur des Umganges zu beraten.

Die nächste Stadtratssitzung findet am 27. Mai 2005 um 16.00 Uhr statt.

Meyer
 Vorsitzender
 des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan
 Schriftführer
 10.05.2005